

Anne Ratzki

## Bericht vom Gewerkschaftstag 2009 der GEW in Nürnberg

### „Die GEW setzt sich für eine Erweiterung des Gesamtschul-Angebots ein“

Der Gewerkschaftstag 2009 in Nürnberg hat Zwei-Säulen-Modellen mit einem einstimmigen Beschluss eine klare Absage erteilt und den Erhalt und Ausbau der integrierten Gesamtschule gefordert.

*„Nur ein inklusives Schulwesen bietet die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern und auf aktuelle Schülerzahlentwicklungen angemessen reagieren zu können. ... Solange die GEW-Forderung nach einer Schule für alle in den Bundesländern keine politische Mehrheit gefunden hat, unterstützt die GEW inklusive Schulsysteme, die gemeinsames Lernen ohne Selektion verfolgen. In den meisten Bundesländern bleibt der Erhalt und Ausbau der integrierten Gesamtschule von Jahrgang 0 bis 13 in staatlicher Trägerschaft unverzichtbar ...“ (Drucksache 110)<sup>5</sup>*

Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Beratungen stand mit der Drucksache 110 „Einsatz für integratives Schulsystem verstärken – jede Verschlechterung abwehren“ ein Antrag, der sehr differenziert die gegenwärtige Situation der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Schule für alle zwischen Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Zweigliedrigkeit aufgriff.

Dieser Antrag war unter Federführung von Susanne Gondermann (Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschule) in enger Kooperation mit den GEW-Vorsitzenden der „Gesamtschulländer“ Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Hessen langfristig vorbereitet worden. Die Situation in den Ländern ist sehr unterschiedlich, wie die folgenden Beispiele zeigen:

In **Schleswig-Holstein** wird die Gemeinschaftsschule als Gesamtschule wahrgenommen – es gibt bisher eine hohe Nachfrage. Allerdings werden Gymnasium und Förderschulen nicht angetastet. Die Gesamtschulen sollen zu Gemeinschaftsschulen werden. Damit ist eine erhebliche Verschlechterung der Standards verbunden: Die Klassengröße wird um 5 Schüler erhöht, die Lehrkräfte arbeiten drei Stunden mehr und die Differenzierungsstunden werden gestrichen. Gymnasiallehrer meiden die Gemeinschaftsschulen, weil sie dort drei Stunden länger arbeiten müssten

---

<sup>5</sup> Die beschlossene Fassung (Beschluss 3.14) ist in diesem Heft ab Seite 22 abgedruckt

– das gefährdet den gymnasialen Bildungsgang. Die Landesregierung unterstützt die Gemeinschaftsschulen nicht durch Ressourcen.

Das Ergebnis ist real eine Dreigliedrigkeit mit verschlechterten Bedingungen für die Gesamtschulen/Gemeinschaftsschulen.

In **Rheinland-Pfalz** regiert die SPD mit absoluter Mehrheit. Es gibt zur Zeit eine Vielzahl von Kombi-Schulformen, dazu Gymnasien und Förderschulen. Gesamtschulgründungen sind möglich und werden in großer Zahl vorgenommen. In den letzten drei Jahren gab es eine Steigerung von 19 Gesamtschulen 2006 auf 34 Gesamtschulen 2007 und 50 Gesamtschulen 2008. Die SPD lässt die Dinge laufen, weist aber manchmal aus unerfindlichen Gründen Gesamtschulanträge ab. In diesem Jahr fanden immer noch 2000 Schüler keinen Platz an einer Gesamtschule.

In **Hamburg** sollen nach Einführung der Zweigliedrigkeit 2010 die Gesamtschulen aufgelöst werden. Darunter sind Gesamtschulen, die überregional wegen ihres pädagogischen Konzepts bekannt sind und mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurden. In der Stadtteilschule sollen Hauptschule, Realschule und Gesamtschule als Zweitschule für Nicht-Gymnasiasten zusammengefasst werden. Es gibt starken Widerstand in Hamburg von Seiten der Gymnasial-Elternschaft (Initiative „Wir wollen lernen“), nicht so sehr von Seiten der Gesamtschulen, die nach den bisherigen Verschlechterungen bei der Ausstattung eher resignieren. Gleichwohl regt sich in den Gesamtschulen Unmut, der noch in politische Aktivitäten umschlagen kann.

**Niedersachsen** verzeichnet einen Gesamtschul-Boom. Nachdem vor der letzten Wahl Ministerpräsident Wulff das Gesamtschul-Gründungsverbot aufgehoben hatte, werden im nächsten Schuljahr 12 neue Gesamtschulen starten. Die Kommunen müssen bei der Antragstellung hohe Hürden überwinden: Die geforderte 5-Zügigkeit ist in ländlichen Gemeinden schwer oder gar nicht zu erreichen. Im E-mail-Verteiler der GEW sind 70 Gesamtschulinitiativen. Bürgermeister und Landräte aller Parteien wollen Gesamtschulen, um bei zurückgehenden Schülerzahlen ein vollständiges Schulangebot mit allen Bildungsgängen aufrecht zu erhalten. Die Voten in den Kommunalparlamenten sind oftmals einstimmig. Die ehemaligen GEW-Vorsitzenden Dieter Galas und Richard Willmers sind als Berater der Initiativen viel gefragt. Die Gesamtschulen erfahren breite Unterstützung: Vor allem durch die GEW, die durch direkte Ansprache der Regierenden, Information und Vernetzung Gesamtschulen stabilisiert; dann den Landeselternrat (er vertritt alle Schulformen) und die Schülervertretung,

durch gemeinsame Aktivitäten aller Oppositionsfraktionen, durch die Presse, durch viele Eltern vor Ort. Auch der Niedersächsische Landkreistag und der Städtetag fordern das Recht, ungehindert Gesamtschulen einrichten zu können.

Die Regierungskoalition setzt ihren Kampf gegen die Gesamtschulen fort. Nun soll auch an Gesamtschulen das Abitur nach 12 Jahren eingeführt werden und die zukünftigen Abiturienten sollen ab der 6. Klasse in einem getrennten Zug unterrichtet werden. Dies wird von einer breiten Mehrheit nicht akzeptiert. Schüler und Eltern demonstrieren, „verteidigen ihre Schule“. Es hat sich sogar eine CDU-Initiative für Gesamtschulen gebildet, die mit Parteiaustritten und Wahlkampf-Abstinzienz droht:

[www.cdu-waehler-fuer-gesamtschulen.de](http://www.cdu-waehler-fuer-gesamtschulen.de)

GEW-Vorsitzender Eberhard Brandt: „Die halten ihre Politik nicht durch.“

Um die erfolgreiche Strategie der GEW Niedersachsen auszuwerten, bietet die GEW Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Bundesfachgruppe Gesamtschule eine Strategie-Beratung für die GEW in Gesamtschulländern an. Die GEW Niedersachsen lädt Interessierte aus Nicht-Gesamtschulländern zu Gesprächen mit Gesamtschulinitiativen und Kommunalpolitikern aller Parteien ein.

Auch in **Nordrhein-Westfalen** erfreuen sich die Gesamtschulen einer steigenden Akzeptanz bei den Eltern. In diesem Jahr mussten wieder 17 000 Kinder abgelehnt werden, was dem Bedarf von 100 zusätzlichen 6-zügigen Gesamtschulen entspricht. Die Gesamtschule gilt als Alternative zum G8-Gymnasium.

Leider meldete sich kein Redner aus der GEW NRW zu diesem Antrag zu Wort. Die folgenden Informationen füge ich aus persönlicher Kenntnis an.

Nach meinen Informationen wird es zum neuen Schuljahr nur zwei neue Gesamtschulen geben, in Hemer und Bonn. Die Landesregierung erschwerte Gründungen durch die Verweigerung des Ganztags für Gesamtschulen und die Maßgabe, dass mindestens ein Drittel der Anmeldungen Schüler mit einer Empfehlung für das Gymnasium sein müssten. Die Stadt Bonn hat vor dem Verwaltungsgericht Köln ein Urteil erstritten, das die Unwirksamkeit dieser Vorschrift feststellt, da es im Schulgesetz dafür keine Handhabe gibt.

In NRW gibt es eine große Zahl von Initiativen für eine gemeinsame und inklusive Schule. Dabei ist auch die evangelische Kirche. Inzwischen hat

sich der katholische Diözesanrat von Münster für weitere Gesamtschulen und gegen Zweigliedrigkeit ausgesprochen, ebenso die katholische Elternschaft von Münster. Die SPD unterstützt die Gesamtschulen nicht, da sie im Wahlprogramm die Gemeinschaftsschule festgeschrieben hat. Dies könnte sich als großer Fehler erweisen, da Gesamtschule bei den Eltern bekannt ist und nachgefragt wird, während Gemeinschaftsschule unbekannt ist. Anti-Gesamtschul-Argumente werden von Gegnern genauso auf die Gemeinschaftsschule angewandt.

Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Basis für eine erfolgreiche Gesamtschulstrategie vorhanden!

### *Gewerkschaftstag der GEW 2009*

#### **Einsatz für integratives Schulsystem verstärken / Jede Verschlechterung abwehren**

(Beschluss 3.14)

1. Die Selektivität des deutschen Schulsystems ist ein bildungspolitischer Skandal. Auch das zweigliedrige Schulwesen löst dieses Problem nicht. Deshalb bekräftigt die GEW ihre Forderung nach einer Schule für alle Kinder und lehnt daher Zwei-Säulen Modelle ab. Nur ein inklusives Schulwesen bietet die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern und auf aktuelle Schülerzahlentwicklungen angemessen reagieren zu können.

Solange die GEW-Forderung nach einer Schule für alle in den Bundesländern keine politische Mehrheit gefunden hat, unterstützt die GEW inklusive Schulsysteme, die gemeinsames Lernen ohne Selektion verfolgen. In den meisten Bundesländern bleibt der Erhalt und Ausbau der integrierten Gesamtschule von Jahrgang 0 bis 13 in staatlicher Trägerschaft unverzichtbar.

2. Integrierte Gesamtschulen sind Ergebnis der jahrzehntelangen engagierten schulpolitischen Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Akzeptanz für das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Fähigkeiten und Neigungen, sowie das Ergebnis intensiver reformpädagogi-

scher Arbeit für pädagogische Konzepte gemeinsamer und individueller Förderung und für qualifizierte wissenschaftsorientierte Bildung aller in einer demokratischen Schule. Integrierte Gesamtschulen sind historisch das am weitesten entwickelte Modell eines integrierten Angebots in der Sekundarstufe I in der Bundesrepublik Deutschland, das von seinen Befürworterinnen und Befürwortern mit dem Anspruch eingerichtet worden ist, perspektivisch das gegliederte Schulsystem zu ersetzen.

Dieser Anspruch kann mit der Gesamtschule als parallelem Modell zum gegliederten Schulwesen nicht eingelöst werden. Die Gesamtschule stellt allerdings eine bereits heute wirksame Alternative zum auf Selektion beruhenden gegliederten Schulwesen dar.

In dieser Situation stellt die GEW folgende Forderungen:

- Die GEW setzt sich für die Erweiterung des Gesamtschul-Angebots ein. Dieser Einsatz eröffnet die Chance, sowohl kommunale Schulträger als auch Landespolitikerinnen und Landespolitiker für eine umfassende Schulreform zu gewinnen. Die Anzahl der Gesamtschulen muss dabei so vergrößert werden, dass alle Eltern für ihre Kinder einen Gesamtschulplatz finden. Die kommunalen Schulträger müssen das Recht erhalten, ihre vorhandenen Schulen umzuwandeln und angesichts rückläufiger Schülerzahlen durch die Zusammenführung aller Bildungsgänge in einer Gesamtschule ein vollständiges Schulangebot vor Ort vorzuhalten.
- Die GEW verteidigt den Erhalt der gymnasialen Oberstufe an Gesamtschulen in den Ländern, in denen diese gymnasiale Oberstufe gefährdet ist. Das Ziel der GEW, in der Sekundarstufe II die berufliche und allgemeine Bildung zu integrieren, ist damit nicht aufgehoben.
- Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Schülerinnen und Schüler die Gesamtschulen als Alternative zum G8-Gymnasium wählen können. Die GEW verurteilt politische Absichten an Gesamtschulen G8-Züge einzurichten und die integrierte Sekundarstufe I zu zerschlagen.
- Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Gestaltungsmöglichkeiten für eine inklusive Pädagogik an Gesamtschulen verbessert werden:

- Dazu müssen die Rahmenbedingungen, insbesondere die Personalausstattung und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.
  - Gesamtschulen müssen als gebundene Ganztagschulen arbeiten können.
  - Gesamtschulen, die die äußere Fachleistungsdifferenzierung abbauen oder ganz abschaffen und die das gemeinsame Lernen von Schülern und Schülerinnen mit und ohne Behinderungen systematisch betreiben, sind von der GEW zu unterstützen.
3. Die GEW fordert, dass die Schulgesetze in allen Bundesländern Schulen zulassen, die alle Bildungsgänge umfassen und eine inklusive Pädagogik verwirklichen wollen. Die GEW unterstützt in diesem Zusammenhang auch Initiativen, die sich für entsprechende Öffnungsklauseln in den Schulgesetzen einsetzen.
- Die Kolleginnen und Kollegen an diesen Schulen dürfen nicht zu ungünstigeren Bedingungen arbeiten als an den Integrierten Gesamtschulen im Augenblick. Zu diesen Bedingungen gehören nicht nur Besoldung und Anzahl der Pflichtstunden, sondern auch Anzahl der Funktionsstellen, sowie Ausgleichs- und Differenzierungsstunden. Solange Gymnasien als getrennte Schulform bestehen, müssen integrativ arbeitende Schulen auch die curricularen Vorgaben enthalten, die dem Gymnasium entsprechen sowie einen entsprechenden Anteil an Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, damit sie einen umfassenden Bildungsauftrag wahrnehmen können und für die Eltern erkennbar eine gute Alternative sind, um das Abitur zu erreichen.
4. Die GEW hält an ihrem Ziel fest, gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für Schulgesetze zu erreichen, die das gegliederte Schulsystem aufheben und durch einheitliche inklusive Schulen ersetzen, die alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems integrieren.